

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Bersprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtenschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Otrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelle“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 302

Bad Schandau, Mittwoch, den 28. Dezember 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Im belgischen Eisenbahnverkehr sind durch Schneesturm starke Verzögerungen verursacht worden. Auch das Telephon- und Telegraphennetz ist zum Teil unterbrochen. Bei Lüttich beginnt die Maas, aus den Ufern zu treten.

* Durch neue Schneefälle sind im Telephon- und Telegraphenverkehr Hollands große Störungen hervorgerufen worden. Die Verbindungen nach vielen Orten Nordhollands sind gestört, während der Verkehr mit Friesland und Groningen Verzögerungen erfährt. Ebenso wurde der Eisenbahnverkehr stark behindert. Die Züge hatten große Verspätungen.

* Nach Meldungen aus Batavia wurden in der Nacht zum 27. Dezember bei Bojolali schwere Erdstöße wahrgenommen, die auf die Tätigkeit des Vulkan Merapi zurückzuführen sein dürften. Die letzten Eruptionen des Merapi haben vor ungefähr 1 1/2 Jahren auf Java großes Unheil angerichtet.

Außenpolitische Betrachtungen zum neuen Jahre.

Von Gouverneur z. D. Dr. H. Schnee, W. v. H.
Bei Beginn des neuen Jahres richtet der Politiker, der die Beside unseres Vaterlandes erwägt, ebenso wie der einzelne, der eigenes Leben und Streben überdenkt, den Blick rückwärts in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft. Wir sind dabei seit dem Zusammenbruch und dem Diktat von Versailles, die uns schwerste Leiden schufen und fortdauernden seelischen und materiellen Druck zur Folge hatten, versucht, nur an das uns Nächstliegende zu denken und das Entferntere außer acht zu lassen. Und doch ist das Letztere unter Umständen das Wichtigere. Man darf sich deshalb, um ein richtiges Bild von der Lage unseres Vaterlandes u. a. m.: Zukunftshoffnungen und -möglichkeiten zu erhalten, nicht auf dasjenige beschränken, was uns auf den Nägeln brennt und dem Volksempfinden mit Recht als das Dringendste erscheint: die Fortdauer der Rheinlandbesetzung, die Ostfragen, die Reparationen, sondern man muß die weltpolitische Lage im allgemeinen betrachten; denn sie bildet die Grundlage für die Führung der deutschen Außenpolitik.

Ein Vergleich der gegenwärtigen weltpolitischen Lage läßt einige erhebliche Änderungen gegenüber den früheren Jahren erkennen, in welchen eine geschlossene Front der alliierten Mächte Deutschland gegenüber vorhanden war. In Europa ist durch den Abschluß des Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Jugoslawien einerseits, Italien und Albanien andererseits, der französisch-italienische Gegensatz, der seine Grundlage in der Rivalität am Mittelmeer und an dessen Gestaden sowie in dem wachsenden Bevölkerungsüberschuß des überbevölkerten Italien hat, stärker als früher in die Erscheinung getreten. Sowjetrußland sucht trotz weltrevolutionärer Propaganda Anschluß an den Kapitalmarkt, da es ohne stärkeren Kapitalzufluß seine Wirtschaft nicht entwickeln kann. Polen ist durch Bilsudski und die amerikanische Anleihe weit mehr stabilisiert, als dies noch vor kurzem im Ausland für möglich gehalten wurde. Nur mit Mühe ist die polnisch-litauische Frage bei der letzten Sitzung des Völkerbundesrates zu einer vorläufigen Regelung geführt worden, die wenigstens einen sofortigen Konflikt ausschloß. England führt in Bezug auf europäische Angelegenheiten seine jah abwartende Politik weiter, in der es die Übernahme jeder weiteren Garantie, wie sie das Genfer Protokoll enthalten sollte, ablehnt. Den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber hat es dadurch, daß seine Vertreter die Seeverkehrsabkommen in Genf zum Scheitern brachten, einen Schritt getan, der von weitreichender Wirkung für die Zukunft sein kann. Zu der wachsenden Rivalität zwischen Amerika und England in Wirtschaft und Finanz, in dem Ringen um die Rohstoffe der Welt, vor allem um das Petroleum, ist das Wettstreiten zur See zwischen den beiden Weltmächten getreten, an dessen Tatsache auch durch die vorläufige Zurückstellung von Kreuzerbauten durch England nichts geändert wird. Wenn es nicht später doch noch zu einer vertragsmäßigen Beschränkung der Seerüstung zwischen den Hauptseemächten kommt, wie sie auf der Washingtoner Konferenz 1921/22 bezüglich der Großkampfschiffe gelang, so eröffnen sich Perspektiven einer Zukunftsentwicklung, die eines Tages zu Umwälzungen der gegenwärtigen Weltlage führen können.

Innerhalb der bis an die Zähne gerüsteten Mächte, die ihre militärische Leistungsfähigkeit beständig verstärken, steht das entwaffnete, mit ungeheuren Lasten überbürdete Deutschland. Es ist als Großmacht in den Völkerbund aufgenommen, obwohl ihm das wesentlichste Attribut der Großmacht, nämlich die Macht, fehlt. Trotzdem bietet die Zugehörigkeit zum Völkerbund einerseits den Vorteil, daß es bei der notwendigen Einstimmigkeit in wichtigen Angelegenheiten ihm nachteilige Beschlüsse verhindern kann, andererseits die Möglichkeit, in manchen Fragen für Deutschland nützlichere Entscheidungen herbeizuführen, als wenn einseitige Entscheidungen der anderen Mächte erfolgten. Die sich aus den Völkerbundsitzungen ergebende Gelegenheit für den deutschen Außenminister, mit den leitenden Staatsmännern der führenden Mächte immer wieder persönliche Führung nehmen zu können, ist gleichfalls nicht zu unterschätzen.

Der Völkerbund ist seiner Hauptaufgabe der Gewährleistung des internationalen Friedens bisher allerdings

Begrenzung der deutschen Reparationen

Revision des Dawes-Plans.

Was soll Deutschland zahlen?

Die kürzlich Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, in der er sich gegen die Anregung im Jahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert wandte, Deutschlands Zahlungen endlich auf eine bestimmte Höhe festzulegen, hat bedeutendes Aufsehen in allen beteiligten Ländern hervorgerufen. Poincaré meinte, diese Höhe sei ja längst ausgesprochen, und zwar im Jahre 1921 mit 132 Milliarden.

Eine solche Ungeheuerlichkeit traute man selbst dem sonst an großer Rücksichtnahme kaum krankenden Herrn Poincaré nicht zu, wenn er sich auch formell an die Beschlüsse von 1921 gehalten hätte. Mittlerweile ist doch zuviel, auch in finanzieller Hinsicht, vor sich gegangen. Die französische Presse erklärte denn auch alsbald, offenbar angeregt von ihrer Regierung, Poincaré habe bei seinen Darlegungen etwas ganz anderes gemeint, und zwar das: Wenn man in Amerika an eine Revision des Dawes-Planes denke, so müßten die Vereinigten Staaten den Anfang machen.

Sollte Deutschlands Schuld auf eine wesentlich niedrigere Ziffer gesenkt werden als 1921, so hätte Amerika die Pflicht, seine Forderungen an die europäischen Gläubiger und Teilnehmer des Krieges, Frankreich, Italien, gewissermaßen auch England u. a., herunterzuschrauben. Denn was aus Deutschland an Zahlungen fließe, nehme Amerika wieder von seinen genannten Schuldnern ungekürzt in Anspruch.

So lang die Sache schon anders und immerhin tiefer über diese Form der Verminderung von Deutschlands Schuld diskutiert, wenn Poincaré lediglich beabsichtigt hätte, derart einen Druck auf Amerika auszuüben und an der ungläublichen Zahl von 132 Milliarden die Unerfüllbarkeit der Ansprüche der Vereinigten Staaten gegen Europa klarzulegen. Denn was Europa zahlen soll, fließe nur aus Deutschland. So der Sinn von Poincarés Rede — wenn die französischen Auslegungen Glauben verdienen.

Die internationalen Auseinandersetzungen

Die Betrachtungen über die Revision des Dawes-Planes in Verbindung mit den Äußerungen Poincarés und Parker Gilberts bilden verständlicherweise zurzeit das Hauptthema der politischen Auslassungen der internationalen Presse, in erster Linie natürlich in

teineswegs gerecht geworden. Zu ihrer Erfüllung gehört die Abrüstung auch der anderen Mächte. Die Ansätze dazu sind bisher kläglich verlaufen. Ist im neuen Jahre eine positive Lösung durch Abrüstung der Militärmächte Europas zu erwarten? Auch der optimistischste Pazifist wird wohl nicht wagen, diese Frage mit „Ja“ zu beantworten. Angesichts des Verlangens der Abrüstung auch Deutschlands auf Grund der Völkerbundsatzung verlangen, daß ihm wenigstens dasjenige Mindestmaß an Rüstung gestattet wird, das die nationale Sicherheit erfordert. Es besitzt gegenwärtig nicht dieses Mindestmaß.

Auch in anderen Deutschland betreffenden großen Fragen sind bisher durch den Völkerbund oder durch die Verhandlungen der Staatsmänner bei Gelegenheit seiner Sitzungen keine Lösungen herbeigeführt worden.

Den uns nächst verurteilenden Fragen in Europa selbst hat ein ganzes Bündel berechtigter deutscher Forderungen beim Jahreswechsel noch der Erledigung. Nach wie vor stehen die Truppen der Alliierten in den Rheinländern. Nach wie vor trennt der polnische Korridor Ostpreußen von dem übrigen Deutschland und sind die sonstigen Ostfragen ungelöst. Nach wie vor steht das Verbot der Alliierten dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich entgegen, obwohl dieser nicht nur von beiden Teilen des deutschen Volks einmütig gewünscht wird, sondern sich immer mehr als eine unabdingbare wirtschaftliche Notwendigkeit für ersteres herausstellt.

Es ist auch noch zu keiner Rückgabe deutscher Kolonien durch Uebertragung von Kolonialmandaten gekommen, wenn gleich die Fähigkeit Deutschlands, für solche zu kandidieren, ausdrücklich anerkannt und ein deutscher Vertreter in die permanente Mandatkommission einberufen ist. Daß das Endergebnis die Wiederzulassung Deutschlands zur Kolonisation auf eigenem überseeischen Grund und Boden sein muß, vermag niemand zu bezweifeln, der die Notwendigkeiten des Völkergeschehens im Auge hat, wie sie sich aus dem Anwachsen eines „Volkes ohne Raum“ einerseits und dem Vorhandensein gewaltiger noch unentwickelter Länder andererseits ergeben, die im Besitz von Nationen sich befinden, welche die Volkskräfte zu deren Ausfüllung weder für die Gegenwart noch für irgendeine absehbare Zukunft haben.

Was schließlich die Reparationen angeht, so werden wir im neuen Jahr in die Stufe der jährlichen Höchstleistung hineingelangen. Es ist infolge der großen aus Amerika nach Deutschland ansehnlichen Anleihen das äußere Bild entstanden,

Frankreich.

„Deure“ schreibt: Der Zahlungsplan von 1921 ist unaußführbar; dennoch erklärt Poincaré, er bleibe bestehen. Rechtlich gewiß, de facto nein. Wenn der Ministerpräsident sich auf diesen Standpunkt stellt, so allem Anschein nach einzig und allein deshalb, weil er weiß, daß jede neue Festsetzung der deutschen Schuld nur eine Ermäßigung sein könnte, und daß er Deutschland keine neuen Abschläge zu bewilligen gedenkt, wenn nicht die Alliierten (Amerika) Frankreich gleichfalls solche gewährten. Der Schlüssel liegt in den Händen Amerikas. — „Quotidien“ erklärt: Juristisch ändern die Zahlungsmodalitäten nicht den Betrag, auf den man sich festgelegt habe; praktisch aber werde man ihn unmöglich aufrechterhalten können. Frankreich sei in der Tat bereit, von seinen Gläubigeransprüchen an Deutschland all das abzustreichen, was die Vereinigten Staaten und England an ihren Ansprüchen gegenüber Frankreich nachlassen würden, weiter jedoch könne man nicht gehen. — „Bourse“ schreibt: Die Ziffer der deutschen Schuld bleibe also 132 Milliarden Goldmark. Das sei für jeden, der nachdenke, eine derartige Absurdität und eine derartige Ungeheuerlichkeit, daß man sie unmöglich betonen könne, ohne gleichzeitig den wesentlich theoretischen Charakter einer derartigen Lösung hervorzuheben. Der Betrag der deutschen Schuld erreiche nicht mehr 132 Milliarden Goldmark, sondern höchstens 40 Milliarden.

England.

Zu Poincarés Antwort auf die Anregungen des Generalagenten Parker Gilbert führt der „Daily Telegraph“ aus, in streng rechtlichem Sinne sei Poincarés Auffassung, daß die Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark noch Gültigkeit habe, zweifellos richtig; aber er glaube selbst schwerlich an die praktische Möglichkeit der Überweisung derartiger hoher Geldsummen. Eine endgültige Herabsetzung der deutschen Gesamtentwöhnung würde in Frankreich allerdings sogar von einem mehr nach links orientierten Kabinett nur gegen eine Revision der Kriegsschuldenregelung mit England und Amerika zugegeben werden.

Italien.

Der „Popolo d'Italia“ beschäftigt sich im Anschluß an die Erklärung Poincarés mit der Frage einer Revision des Dawes-Planes. Er behauptet, daß eine Revision nur mit Zustimmung aller Alliierten erfolgen könne. Das Blatt erkennt aber andererseits an, daß in der öffentlichen Meinung Italiens eine Verminderung der Reparationen keinen Schwierigkeiten begegnen würde, vorausgesetzt, daß Italien dadurch keine größeren Lasten zu tragen hätte. Solange aber die Amerikaner bei ihrer Auffassung verharren, daß die Alliierten, England, Frankreich und Italien, ihre Schuld bis zum letzten Heller bezahlen müßten, könnten die Deutschen ihre Hoffnung auf Verminderung der Reparationslasten nicht verwirklichen.

als ob der Dawesplan sowohl betreffs der deutschen Zahlungen als auch des Transfers ausgezeichnet funktionierte. Daß dies ein Scheinbild ist, und daß wirkliche Erfüllung nur bei einem — tatsächlich nicht vorhandenen — Ausfuhrüberschuß Deutschlands erfolgen kann, haben hervorragende ausländische Sachverständige, insbesondere der Schwabe Cassel, überzeugend nachgewiesen. Der Reparationsagent Gilbert hat nun in seinem letzten Bericht eine Änderung der Reparationsleistungen unter Festsetzung einer Endsumme und Aufhebung der Transferbestimmungen in Anregung gebracht. Dies eröffnet gewiß Hoffnungen auf Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes der fremden Finanzkontrolle und der Beschränkung der untragbaren Lasten des Dawesplans auf ein mit der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands vereinbartes Maß. Aber dabei handelt es sich um außerordentlich schwierige Probleme, deren Lösung nur bei Vorwiegen kühler wirtschaftlicher Einsicht auf Seiten der Gläubiger Deutschlands und bei großen Anstrengungen von deutscher Seite möglich sein wird.

Wenn es gilt, auch im neuen Jahre sich in dieser Frage in Geduld zu fassen, so trifft das Gleiche zum Teil in noch höherem Maße auf alle die berechtigten deutschen Wünsche und Forderungen zu, von denen einige der hauptsächlichsten angedeutet sind. Was wir erreichen können, hängt nicht nur von der bewährten Geschicklichkeit des deutschen Reichsaussenministers und seiner Mitarbeiter ab, sondern vor allem von der Weltkonstellation. Der Staatsmann, ganz besonders der eines Landes in der Lage unseres Vaterlandes, vermag nicht dem Strom der Weltpolitik den Weg zu weisen, sondern er ist dem Schiffer vergleichbar, der auf dem Strom dahingesegelt und Wind und Strömung ausnutzen muß, um zu jenem Ziele zu gelangen. Wenn wir uns so vor einem übertriebenen Optimismus bewahren müssen, der alles von der nächsten Zukunft erwartet, so können wir doch mit Zuversicht unseren Weg weiter wandern. Wir haben, im großen Betrachtet, seit den frühen Tagen des Zusammenbruchs sehr bedeutende Fortschritte gemacht, sowohl in der Stabilisierung unserer Währung und dem Wiederaufbau im Innern als auch in der Außenpolitik. Das, was uns nun tut, um unsere Ziele zu erreichen, sind nationale Geschlossenheit, fester Wille und fähige, klare Einstellung zu den an uns Herantretenden Problemen.